

Nr. 367 | 07.07.2026

Polen-Analysen

Präsident Karol Nawrocki und seine Amtszeit

ANALYSE	
Karol Nawrockis Präsidentschaft: kein Richtungswechsel, aber eine Neuakzentuierung Mikołaj Czeńnik, SWPS-Universität, Warschau	2
DOKUMENTATION	
Präsident Karol Nawrocki: Begründung der Entscheidung, Wolodymyr Selenskij die höchste polnische Auszeichnung abzuerkennen	7
UMFRAGEN	
Beurteilung der Tätigkeit von Präsident Karol Nawrocki	10
CHRONIK	
16. Juni – 6. Juli 2026	11

Karol Nawrockis Präsidentschaft: kein Richtungswechsel, aber eine Neukzentuierung

Mikołaj Czeźnik, SWPS-Universität, Warschau

DOI: 10.31205/PA.367.01

Zusammenfassung

Karol Nawrockis Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2025 markiert einen weiteren Wendepunkt in der aktuellen Politik Polens. Um seine Präsidentschaft zu verstehen, bedarf es allerdings mehr, als nur die Person des Präsidenten zu betrachten. Seine Wahl war weniger der Beginn einer neuen politischen Ära als vielmehr das Sichtbarwerden tiefgehender sozialer und politischer Entwicklungen, die sich seit vielen Jahren in Polen vollziehen. Nawrocki ist dabei nicht als Architekt dieser Veränderungen zu verstehen, sondern als eins ihrer augenfälligsten Ergebnisse.

Viele Kommentare, die sich mit Nawrockis Präsidentschaft befassen, konzentrieren sich auf seine politische Biographie, sein Verhältnis zur rechtskonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), welche die größte oppositionelle Fraktion im Parlament stellt, oder auf die erwarteten Konflikte mit der Regierungskoalition aus Liberalen, Konservativen und Linken unter Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO). Diese Aspekte sind zweifellos wichtig. Allerdings besteht dabei das Risiko, eine grundsätzliche Frage aus dem Blick zu verlieren: Warum hat ein Kandidat wie Karol Nawrocki die Präsidentschaftswahlen gewonnen, und was sagt sein Erfolg über die polnische Gesellschaft heute aus?

Nawrockis Präsidentschaft spiegelt eine größere Entwicklung im politischen Wettbewerb in Polen wider. Um seinen Wahlsieg zu verstehen, ist ein Blick über den eigentlichen Wahlkampf hinaus erforderlich. Auch sollten die politischen Strukturveränderungen analysiert werden, die in den letzten 20 Jahren in Polen stattfanden. Während die wirtschaftlichen Ungleichheiten beträchtlich geblieben sind, werden die Ansichten der Wähler zunehmend stärker von Themen der kulturellen Identität, des historischen Gedächtnisses und von konkurrierenden Konzepten nationaler Gemeinschaft geprägt als allein von sozioökonomischen Interessen. Die Wahl des Präsidenten hat die ökonomischen Spaltungen im Land nicht aufgehoben. Sie hat diese aber vorübergehend einer wirkmächtigeren politischen Konfliktlinie untergeordnet, die entlang von Werten, Identität sowie Einstellungen gegenüber dem politischen Establishment verläuft. Es scheint, als seien die sozioökonomischen Interessen in einen breiteren kulturellen Konflikt integriert worden, der die Logik des zweiten Wahlgangs bestimmte.

Diese Beobachtung ist besonders interessant, weil die Wählerschaft, die Nawrocki ins Amt brachte, bemerkenswert heterogen ist. Seine Unterstützer bilden keinen kohä-

renten sozioökonomischen Block. Unter ihnen sind Wähler des traditionellen konservativen Wohlfahrtsstaates, der von der PiS repräsentiert wird, jüngere Anti-Establishment Wähler mit wirtschaftsliberalen oder sogar libertären Präferenzen ebenso wie Bürger, die konservative kulturelle Werte vertreten und deren Selbstverständnis sich auf eine historisch geprägte Identität stützt. Beispielsweise zeigen Daten der Polish National Election Study (POLNES), dass Nawrocki im zweiten Wahlgang bei den jungen Wählern wesentliche Zugewinne erzielte, insbesondere bei denen, die im ersten Wahlgang für den Kandidaten der rechtspopulistischen Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość), Sławomir Mentzen, gestimmt hatten. Diese unterschiedlichen Gruppen stimmen in wirtschaftspolitischen Fragen häufig nicht überein. Was sie aber miteinander teilen, ist eine umfassende Unzufriedenheit mit der bestehenden politischen Ordnung und die Überzeugung, dass das Polen der Gegenwart eine stärkere symbolische Repräsentation seiner nationalen Identität und traditionellen Werte braucht.

Dieser Zusammenschluss heterogener Wählergruppen wird Nawrockis Präsidentschaft prägen. Er gibt ihm eine bemerkenswerte politische Legitimation für Themen mit Bezug zu Geschichte, nationaler Identität und Kultur sowie staatlicher Souveränität, Themen, bei denen seine Wähler relativ vereint zu sein scheinen. Gleichzeitig beschränkt dies seinen Spielraum in ökonomischen Fragen, bei denen die Interessen und Präferenzen seiner Unterstützer häufig auseinandergehen. Es ist wichtig, sich dieser Dualität bewusst zu sein, um sowohl die Möglichkeiten als auch die Beschränkungen der Präsidentschaft von Karol Nawrocki zu verstehen.

Nawrockis Sieg wurde auch durch die Wahlkampfstrategie von Rafał Trzaskowski, des von der Regierungskoalition unterstützten Kandidaten, einfacher gemacht. Zwar blieb Trzaskowski die überwältigende Unterstützung urbaner, gut ausgebildeter und kulturell liberal ein-

gestellter Wähler auch im zweiten Wahlgang erhalten. Jedoch war sein Wahlkampf dabei weniger erfolgreich, Wähler anzusprechen, deren größtes politisches Bedürfnis das nach Anerkennung war und nicht so sehr nach programmatischem wirtschaftlichem Wandel. Es handelte sich hier nicht einfach um einen gescheiterten Wahlkampf. Vielmehr zeigte sich hier eine strukturelle Schwierigkeit der Regierungskoalition aus Liberalkonservativen und Linken insgesamt, die darin besteht, gleichzeitig sowohl die liberale Mittelschicht als auch wirtschaftlich schlechter gestellte Gruppen zu repräsentieren, wobei es Letzteren mehr um symbolische Anerkennung geht als um radikale Innovationen.

Dieser Text bietet keinen chronologischen Bericht über Nawrockis erste Monate im Präsidentenamt, sondern es wird versucht, die sozialen und politischen Bedingungen zu erläutern, die seine Wahl ermöglicht haben. Nur durch die Analyse der strukturellen Veränderungen der polnischen Gesellschaft lässt sich zum einen verstehen, warum Nawrocki Präsident wurde, und zum anderen eine politische Logik erkennen, die Vermutungen über die künftigen Amtsjahre zulässt.

Das gesellschaftliche Fundament

Karol Nawrockis Wahlerfolg kann nicht allein mit seinen persönlichen Qualitäten oder seinem Wahlkampf erklärt werden. Der Erfolg gründete sich auf eine umfassendere Veränderung politischer Repräsentation im heutigen Polen. Das Land wird von verschiedenen sich überlagernden sozialen Konflikten bestimmt, wobei diese Konflikte von den Parteien nicht gleichermaßen aufgegriffen und behandelt werden.

Die deutlichste Spaltung ergibt sich bei Themen wie Identität, Kultur und Werte. In den letzten 20 Jahren sind Streitigkeiten über die Rolle der Religion im öffentlichen Leben, nationale Identität, europäische Integration, Migration, Minderheitenrechte und das historische Gedächtnis zu den wichtigsten Themen im politischen Wettbewerb geworden. Die beiden größten politischen Lager in Polen, KO und PiS, haben sich schrittweise zu Repräsentanten gegensätzlicher kultureller und normativer Visionen entwickelt. Wahlen ähneln zunehmend Referenden über konkurrierende Konzepte zur polnischen Identität, als dass sie Wettbewerbe zwischen alternativen wirtschaftspolitischen Programmen wären.

Trotz beträchtlicher sozioökonomischer Ungleichheiten zeigt die Datenlage (z. B. von POLNES), dass sich Wahlentscheidungen mehr mit der kulturellen Selbstverortung und ideologischen Identität als mit objektiven, Gesellschaftsschicht-spezifischen Fakten erklären lassen. Obwohl Polen seit 1989 eine der höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten in Europa verzeichnet, hat sich dieser Erfolg nicht in einem inklusiven System politischer Repräsentation niedergeschlagen. Unterschiede

etwa beim Einkommen, den Bildungsmöglichkeiten und dem Zugang zu verschiedenen Formen wirtschaftlichen und kulturellen Kapitals prägen die Alltagserfahrungen immer noch. Allerdings scheint sich für viele Bürger, die sozioökonomisch schwächer aufgestellt sind, der Wettbewerb bei politischen Wahlen zunehmend um Fragen zu drehen, die weniger mit ihrem materiellen Alltag zu tun haben, sondern eher eine Auseinandersetzung mit oder Abgrenzung von den kulturell liberal geprägten urbanen Eliten sind. Dieser Widerspruch trat insbesondere während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes zutage. Wirtschaftliche Themen verschwanden zwar selten aus dem politischen Diskurs, aber sie wurden stets mit Blick auf weiter gefasste Fragen der Identität, Souveränität oder politischen Anerkennung interpretiert.

Diese Asymmetrie ist besonders im links orientierten politischen Spektrum zu erkennen. In vielen westeuropäischen Demokratien sind die Mitte-links-Parteien traditionell die politischen Repräsentanten der ökonomisch schlechter gestellten Gruppen und der Arbeiterschicht. In Polen haben sich aber die Parteien, die sich dem linken politischen Flügel zuordnen, zunehmend auf kulturellen Liberalismus und progressive soziale Themen ausgerichtet. Weniger erfolgreich sind sie, wenn sie die alltäglichen ökonomischen Schwierigkeiten von Geringverdienern und Wählern aus der Arbeiterschicht thematisieren. In der Folge zeigten sich diese offen für Parteien des rechten politischen Spektrums.

Der rechte politische Flügel ist in der polnischen Politik nicht homogen. Eine Strömung, die v. a. von der Konföderation repräsentiert wird, steht für wirtschaftsliberale oder offen libertäre Positionen und verbindet Forderungen nach »weniger Staat« mit konservativen kulturellen Positionen. Ein solches Programm spricht naturgemäß Unternehmer und junge Anti-Establishment-Wähler an; wirtschaftlich vulnerablen Gruppen bietet es dagegen relativ wenig. Die andere Strömung, die von der PiS geprägt wird, zeigt sozialen Konservatismus mit einer vergleichsweise interventionistischen wirtschaftlichen Agenda; betont werden Umverteilung, Wohlfahrtsprogramme und die beschützende Rolle des Staates.

Diese eigentümliche Aufstellung im rechtskonservativen Lager bot für die Präsidentschaftswahlen eine Chance. Weder die PiS noch die Konföderation allein konnten die heterogene Wählerschaft rechts von der aktuellen Regierungskoalition vereinen. Das Ausscheiden des Kandidaten der Konföderation im ersten Wahlgang veränderte die Lage fundamental. Konfrontiert mit der Situation, zwischen zwei Kandidaten konträrer politischer Lager wählen zu müssen, näherten sich die Wähler, die in wirtschaftlichen Fragen nicht zusammenfinden würden, in gemeinsamer Sorge über Fragen der Identität, der politischen Repräsentanz sowie in ihrem Selbstverständnis, in Opposition zum regierenden Establishment zu stehen, einander an.

Die Präsidentschaftswahlen 2025 veränderten die Bedeutung und Gewichtung dieser Unterschiede. Während sie im ersten Wahlgang noch sichtbar waren, reduzierte der zweite Wahlgang den multidimensionalen politischen Raum unweigerlich in eine Wahl zwischen zwei Positionen. Wirtschaftliche Dissonanzen im weiter gefassten rechten politischen Lager traten in den Hintergrund zugunsten einer breit angelegten kulturellen und politischen Richtungsentscheidung.

Nawrockis Sieg gründete also auf einer ungewöhnlich breiten Koalition von Wählern, was sowohl die Stärke als auch die Beschränkung seines Mandats ausmacht. Seine Präsidentschaft wird vermutlich größtmögliche politische Kohärenz in symbolischen und kulturellen Belangen erreichen. Einen wahrscheinlich deutlich engeren Spielraum wird er haben, wenn wirtschaftspolitische Entscheidungen relevant werden.

Nawrockis Sieg illustriert einen umfassenderen Wandel in der polnischen Demokratie. Die politisch folgenreichste Trennungslinie verläuft nicht mehr entlang des traditionellen links-rechts-Spektrums. Stattdessen wird eine Spannung sichtbar, und zwar zwischen dem Bedürfnis, in wirtschaftlicher Hinsicht repräsentiert zu werden, und dem Bedürfnis, symbolisch anerkannt zu werden. Ein besonderes Charakteristikum ist hier zusätzlich, dass in Polen heute diese Bedürfnisse häufig in ein und demselben Wähler koexistieren, was die politischen Akteure zwingt, Bündnisse einzugehen, die kulturell kohärent, aber wirtschaftlich heterogen sind.

Zwischen Regierung und Opposition

Karol Nawrocki trat sein Amt in der Situation einer Kohabitation an und führt diese fort: Der Präsident und die Parlamentsmehrheit werden von gegensätzlichen politischen Lagern gestellt. Das macht einen institutionellen Konflikt nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich. Doch Nawrockis Position auf die permanente Konfrontation mit der Regierung von Donald Tusk zu reduzieren, würde der Komplexität der politischen Realität nicht gerecht.

Der neue Präsident steht politisch in zwei Interaktionsverhältnissen, die seinen Handlungsspielraum bestimmen. Das erste betrifft seine Beziehung zur Regierungskoalition. Hier scheint die Handlungslogik relativ klar zu sein. Als einziger vom Volk gewählter Amtsinhaber außerhalb der parlamentarischen Mehrheit besitzt der Präsident wichtige konstitutionelle Kompetenzen, mit denen er Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nehmen kann; insbesondere hat er ein Vetorecht gegen verabschiedete Gesetze. Institutionelle Spannungen zwischen dem Präsidentenpalast und der Regierung werden wohl ein permanenter Bestandteil der polnischen Politik in der laufenden Legislaturperiode des Parlaments sein.

Das zweite Verhältnis ist deutlich komplexer. Obwohl Nawrocki seinen Wahlsieg v. a. der organisa-

torischen Fähigkeit der PiS und ihrer Mobilisierung der Wähler verdankt, kann er nicht das Sprachrohr allein dieser Partei sein. Das Präsidentenamt ist eine nationale Institution mit eigener verfassungsmäßiger Legitimierung, einem unabhängigen, von den Wählern erteilten Mandat und politischen Befugnissen. Die Geschichte der Dritten Polnischen Republik zeigt, dass sich die Präsidenten in ihrer Amtszeit selten nur an den Parteien orientierten, die ihre Kandidatur unterstützt hatten. Die institutionelle Autonomie des Amtes lässt also auch politische Autonomie entstehen.

Das wiederum erzeugt eine innere Spannung in Nawrockis Amtsausübung. Einerseits ist die Aufrechterhaltung der engen Kooperation mit der PiS notwendig, um die Einheit des weiter gefassten konservativen Lagers zu bewahren. Andererseits würde eine ausgeprägte Abhängigkeit von der PiS-Parteiführung deutlich seine Fähigkeiten reduzieren, als unabhängiger politischer Akteur in Erscheinung zu treten, der fähig ist, die Zukunft des rechts orientierten Spektrums über die laufende Legislatur hinaus mitzugestalten.

Die Heterogenität von Nawrockis Wählerschaft verstärkt dieses Dilemma zusätzlich. Viele seiner Wähler, die ihn im zweiten Wahlgang unterstützt haben, identifizierten sich nicht besonders mit der PiS. Jüngere Anti-Establishment Wähler, v. a. diejenigen, die vorher für die Konföderation gestimmt hatten, haben häufig ihre Skepsis gegenüber dem politischen Establishment insgesamt, die PiS inbegriffen, geäußert. Um ihre Unterstützung zu behalten, muss der Präsident seine Unabhängigkeit demonstrieren und keine Parteiloyalität.

Daher wird Nawrocki wohl die Strategie der partiellen Autonomie beibehalten. Bei für die Identität des konservativen Lagers zentralen Themen – historisches Gedächtnis, Fragen der Verfassung, Migration, öffentliche Sicherheit oder nationale Souveränität – ist die enge Kooperation mit der PiS politisch nützlich und stellt auch seine Wähler zufrieden. In anderen Bereichen, insbesondere solchen, welche die langfristige Neuausrichtung der polnischen Rechten umfassen, könnte er ein ausgeprägt eigenständiges Profil pflegen.

Dieser Balanceakt ist nicht nur Ausdruck politischer Ambitionen. Er zeigt auch eine klare Entwicklung in der polnischen Politik. Zunehmend hängt präsidentielle Führung nicht nur von den formalen, in der Verfassung festgelegten Kompetenzen ab, sondern auch von der Fähigkeit, die breite, über traditionelle Parteigrenzen hinausgehende Wählerschaft zu halten. Nawrockis politische Zukunft wird also weitgehend davon abhängen, ob es ihm gelingen wird, mehr als der Kandidat nur einer bestimmten Partei zu sein, ohne diejenige, die seine Präsidentschaft überhaupt erst möglich gemacht hat, vor den Kopf zu stoßen.

Außenpolitik: strategische Kontinuität und symbolische Neuorientierung

Auf den ersten Blick tritt Nawrockis Außenpolitik bemerkenswert konventionell auf. Polen bleibt fest mit der NATO verbunden, nimmt die Vereinigten Staaten weiterhin als seinen Hauptpartner in Sachen Sicherheit wahr und beurteilt Russland als größte Gefahr für die Sicherheit Europas. Abgesehen von gelegentlichen Spannungen gibt es zudem wenig Hinweise darauf, dass der Präsident beabsichtigt, Polens seit Langem bestehende Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine aufzugeben.

Diese Kontinuität sollte jedoch nicht über eine wichtige Veränderung des politischen Stils hinwegtäuschen. Nawrockis Präsidentschaft vollzieht einen graduellen Wechsel in der Benennung außenpolitischer Prioritäten. Anstatt internationale Beziehungen in erster Linie mit strategischen Interessen oder europäischer Integration in Beziehung zu setzen, legt der Präsident einen deutlich größeren Nachdruck auf das historische Gedächtnis, nationale Würde, Souveränität und symbolische Anerkennung.

Diese Betonung spiegelt umfassendere Entwicklungen in der polnischen Politik. Da Fragen der Kultur und der Identität im heimischen politischen Wettbewerb zunehmend an Bedeutung gewinnen, hat auch die Außenpolitik eine stärker symbolische Dimension entfaltet. Internationale Beziehungen werden nicht länger ausschließlich mit Blick auf militärische Bündnisse, wirtschaftliche Kooperationen oder diplomatische Wirksamkeit diskutiert. Sie werden mehr und mehr im Kontext der historischen Gerechtigkeit, des kollektiven Gedächtnisses und des Respekts bewertet.

Die Beziehungen zur Ukraine illustrieren diese Entwicklung besonders gut. Seit der russischen Vollinvasion in die Ukraine im Jahr 2022 gab es in Polen einen breiten politischen Konsens für die Unterstützung der ukrainischen Unabhängigkeit. Dieser Konsens wird weitgehend aufrechterhalten. Nawrocki hat wiederholt unterstrichen, dass eine souveräne Ukraine Polens grundlegenden Sicherheitsinteressen dient und dass die Aggression vonseiten Russlands die größte Gefahr für die Stabilität der Region ist.

Gleichzeitig jedoch misst er in seiner Amtsausübung den bisher ungelösten historischen Konflikten zwischen Polen und der Ukraine ein viel größeres politisches Gewicht bei. Die jüngste Kontroverse, dass Nawrocki dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskiy den Orden des Weißen Adlers, die höchste polnische Auszeichnung, aberkannte, nachdem dieser eine militärische Einheit nach der Ukrainischen Aufständischen Armee (ukr. UPA) benannt hatte, ist ein Beispiel für diese Gewichtung. Die Entscheidung wurde nicht als strategische Neuorientierung mit Blick auf Russland oder als Ablehnung weiterer Unterstützung für die Ukraine

apostrophiert, sondern als Geltendmachung des historischen Gedächtnisses Polens und der Erwartung, dass Partnerschaft von gegenseitigem Respekt für historisch sensible Fragen begleitet werden sollte. In der Begründung seiner Entscheidung stellt Nawrocki die Unterstützung für die Sicherheit der Ukraine und das Beharren auf der historischen Wahrheit nicht als Widerspruch, sondern als sich ergänzende nationale Sicherheitsinteressen Polens dar (siehe Rubrik »Dokumentation«).

Die Kombination aus strategischer Kontinuität und symbolischer Selbstbehauptung wird möglicherweise zum bestimmenden Element der Amtszeit von Präsident Nawrocki werden. Unwahrscheinlich ist, dass sich Polens Bündnisse fundamental verändern werden. Allerdings könnte Warschau zunehmend erwarten, dass seine Partner nicht nur seinen geopolitischen Beitrag, sondern auch seine historischen Erfahrungen und seine symbolische Sensibilität würdigen.

Die gleiche Logik tritt in Nawrockis breiter gefasstem Verständnis von Souveränität zutage. Seine öffentlichen Äußerungen beinhalten ein Konzept von Souveränität, das über die konventionellen Fragen nach territorialer Integrität und konstitutioneller Unabhängigkeit hinausgeht. Souveränität wird als Recht politischer Gemeinschaften verstanden, ihre historischen Narrative, kulturelle Identität und moralische Autonomie in einem immer stärker vernetzten internationalen Kontext zu bewahren.

Für die europäischen Partner ist diese Unterscheidung wichtig. Es wäre irreführend, Nawrockis Rhetorik als Beweis für eine fundamentale Abkehr Polens von seiner westlichen Orientierung zu interpretieren. Die bedeutsamere Entwicklung ist, dass in der Außenpolitik die Politik der Anerkennung an Wichtigkeit gewinnt. Sicherheit, historisches Gedächtnis und nationale Identität werden immer stärker miteinander verflochten. Diese Entwicklung spiegelt nicht nur die Überzeugungen eines Präsidenten, sondern auch eine breite Veränderung in der polnischen Gesellschaft wider, wo Fragen der Anerkennung und der kollektiven Identität eine bisher nicht gekannte politische Bedeutung bekommen haben.

Insofern unterscheidet sich Nawrocki weniger in der strategischen Ausrichtung als in seinem politischen Schwerpunkt. Anders gesagt, seine Präsidentschaft wird ziemlich wahrscheinlich nicht Polens Bündnisse neu definieren, sondern das symbolische Vokabular, mit dem diese Bündnisse im Inland begründet werden. Während seine Vorgänger im Amt Geschichtspolitik im Allgemeinen als einen Bestandteil der Außenpolitik behandelten, zeigt sich Nawrocki bereit, jene zu einem gestaltenden Prinzip der Außenpolitik zu machen. Das verweist sowohl auf seinen beruflichen Hintergrund als Historiker als auch auf die Erwartungen, die seine Wähler an ihn stellen.

Fazit: Was sagt Nawrockis Präsidentschaft über Polen aus?

Karol Nawrockis Präsidentschaft ist von Bedeutung nicht allein deshalb, weil mit ihm ein neuer politischer Akteur, der vorher keine politischen Positionen innehatte, in eines der höchsten, verfassungsmäßig verankerten Ämter des Landes eingezogen ist. Noch wichtiger ist, dass sie etwas über die Veränderungen der politischen Auseinandersetzung im heutigen Polen aussagt. Seine Wahl zeigt, dass kulturelle Identität, historisches Gedächtnis und symbolische Anerkennung zu Faktoren geworden sind, die mehr und mehr Einfluss auf Wahlentscheidungen nehmen. Sozioökonomische Ungleichheiten bleiben zwar bedeutend, werden aber häufig von den allgemeineren Auseinandersetzungen über nationale Identität, politische Legitimierung und konkurrierende Vorstellungen vom polnischen Staat überlagert. Das Ergebnis ist eine politische Landschaft, in der Wähler mit sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen dennoch eine stabile, auf gemeinsamen kulturellen Präferenzen gründende Unterstützerguppe bilden.

Diese Entwicklung birgt sowohl Möglichkeiten als auch Herausforderungen für die polnische Demokratie. Einerseits hat die Aktivierung von bisher unterrepräsentierten sozialen Schichten (deren wirtschaftliche Interessen unzureichend vertreten werden, aber deren Bedürfnis nach symbolischer Repräsentanz inzwischen wahrgenommen wird) die politische Teilhabe ausgeweitet und den demokratischen Wettbewerb gestärkt. Die zunehmende politische Sichtbarkeit von Gruppen, die sich lange kulturell marginalisiert fühlten, ist ein wichtiger Aspekt demokratischer Inklusion. Demokratische Systeme werden instabil, wenn sich Teile der Gesellschaft dauerhaft symbolisch und politisch nicht repräsentiert fühlen.

Andererseits beinhaltet die Dominanz kultureller Konflikte gegenüber sozioökonomischen Themen auch ernstzunehmende Risiken. Wenn sich der politische Wettbewerb überwiegend mit Fragen der Identität und historischen Legitimation beschäftigt, werden Kompromisse schwieriger. Während Verteilungskonflikte häufig Verhandlungen und gegenseitige Zugeständnisse erlauben, eignen sich Konflikte über Werte, das kulturelle Gedächtnis und die kollektive Identität weniger für eine pragmatische Herangehensweise. Die Folge ist, dass die politische Polarisierung langlebiger und die institutionelle Kooperation fragiler wird.

Diese Entwicklungen üben zunehmenden Druck auf den institutionellen Rahmen des demokratischen

Systems aus, der nach 1989 während der Transformationsphase Polens geschaffen wurde. Die konstitutionelle Ordnung der Dritten Republik wurde für eine politische Umgebung mit einer relativ fluiden Parteienlandschaft, einer geringeren affektiven Polarisierung und einem breiten Konsens über die grundlegende Richtung der demokratischen Entwicklung ausgearbeitet. Das heutige Polen unterscheidet sich davon sehr deutlich. Im politischen Wettbewerb wird stärker polarisiert, die Ausrichtung der Wähler hat sich verfestigt und symbolische Konflikte erhalten ein größeres Gewicht.

Ob diese Veränderungen letztlich eine institutionelle Reform erfordern, bleibt eine offene Frage. Die zentrale Herausforderung für die polnische Demokratie ist daher nicht einfach, der politischen Polarisierung entgegenzutreten und sie zu verringern. Sie besteht darin, neue Formen demokratischer Repräsentation zu entwickeln, die materielle Interessen mit symbolischer Repräsentation zusammenbringen. Stabile Demokratien brauchen keinen Konsens über politische Ergebnisse. Was sie brauchen, ist eine breite Zustimmung über die Legitimität des politischen Gegners sowie ein Einverständnis mit den Regeln des politischen Wettbewerbs und dem konstitutionellen Rahmen, in dem Konflikte gelöst werden.

Karol Nawrocki hat die aktuelle Situation weder erschaffen noch kann er sie allein lösen. Seine Präsidentschaft sollte daher weniger als Beginn einer neuen politischen Ära aufgefasst werden, denn als Ausdruck umfassenderer Veränderungen, welche die polnische Gesellschaft in den letzten 20 Jahren geformt haben. Ob seine Präsidentschaft letztlich die bestehenden Spaltungen noch vertieft oder neue Formen politischer Annäherung ermöglicht, wird nicht nur von den Entscheidungen dieses Präsidenten abhängen, sondern von der Fähigkeit der anderen politischen Akteure in Polen, zu erkennen, dass demokratische Stabilität gleichermaßen Repräsentation, Wettbewerb und Kompromisse verlangt.

Das Paradox der Präsidentschaft Nawrockis besteht darin, dass sie durch eine Unterstützerguppe möglich wurde, die sich mit Blick auf symbolische Anerkennung zusammenschloss, bei wirtschaftlichen Fragen aber nicht einig war. Ob diese Koalition von Dauer ist, wird weniger von den kulturellen Ansichten abhängen, die sie ursprünglich zusammenführten, als davon, wie sich Polens ungelöste sozioökonomische Konflikte in den kommenden Jahren entwickeln werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Silke Plate

Über den Autor

Prof. Dr. *Mikołaj Cześnik*, Politologe und Soziologe, ist Leiter des Instituts für Sozialwissenschaften an der SWPS-Universität, Warschau (Uniwersytet SWPS, Warszawa). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören demokratische Systeme und Wahlverhalten.

Präsident Karol Nawrocki: Begründung der Entscheidung, Wolodymyr Selenskij die höchste polnische Auszeichnung abzuerkennen

Präsident Karol Nawrocki hat entschieden, Wolodymyr Selenskij, Präsident der Ukraine, die höchste Auszeichnung des polnischen Staates, den Orden des Weißen Adlers, abzuerkennen. Vorangegangen ist die Entscheidung Selenskij, einer Einheit der ukrainischen Streitkräfte den Namen „Helden der Ukrainischen Aufständischen Armee“ (ukr. UPA) zu verleihen. In Polen wird der UPA Völkermord an der polnischen Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkrieges vorgeworfen. In der Ukraine wird dagegen ihr antisowjetischer Freiheitskampf betont [Anm. d. Red.].

19.06.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Opfer unserer Vorfahren darf nicht durch Schweigen verraten werden. Ihre Gräber dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Es sind Wunden der Geschichte, die Wahrheit, Gedenken und Respekt verlangen.

Wir Polen erinnern uns an die Unseren. Wir geben sie nicht preis und werden ihrer immer gedenken. Achtung vor den Vorfahren und Aufrichtigkeit gegenüber der Geschichte sind unser aller Pflicht. Eine Nation, die ihre Erinnerung verliert, verliert einen Teil ihrer Seele. Ein Staat, der aufhört, die Wahrheit über seine Geschichte zu verteidigen, hört auf, Wächter über die Achtung der Nation zu sein.

Die historische Wahrheit ist und darf kein Trumpf sein. Der Opfer zu gedenken, ist eine moralische Pflicht des polnischen Staates.

Für die deutliche Mehrheit der polnischen Gesellschaft bleibt die Ukrainische Aufständische Armee (ukr. UPA) v. a. eine Armee, die für die grausamen Verbrechen an den Bürgern der Republik Polen während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich ist. Die Haltung des polnischen Staates in dieser Angelegenheit ist seit Jahren bekannt. Im Jahr 2016 hat der Sejm der Republik Polen die von der Organisation Ukrainischer Nationalisten (ukr. OUN) und der UPA verübten Verbrechen als Völkermord anerkannt. Auf dieser Grundlage wurde der 11. Juli als Nationaler Gedenktag für die Opfer des Völkermords, ausgeführt von ukrainischen Nationalisten, festgelegt. Im Jahr 2025 wurde dies auch durch ein Sondergesetz bestätigt.

Tatsachen sind nicht verhandelbar, sie verändern sich nicht entsprechend den politischen Konjunkturen oder Bedürfnissen. Die Fakten sind, dass mindestens 100.000 polnische Staatsbürger von der UPA in Wolhynien, Ostgalizien, der Region Lublin und Vorkarpaten ermordet wurden, und zwar nur deshalb, weil sie Polen oder Juden oder Angehörige einer anderen Minderheit waren. Tatsache ist, dass die Opfer Einwohner von Dörfern und Kleinstädten waren; es waren ganze Familien, Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Sie waren keine Soldaten auf dem Schlachtfeld. Sie waren wehrlose Zivilisten. Sie wurden brutal und bestialisch ermordet. Tatsache ist auch, dass die Opfer bis heute keine würdige Beisetzung erfahren haben.

Deshalb hat die Benennung einer ukrainischen Militäreinheit nach den Verbrechern der UPA eine Bedeutung, die weit über die inneren Angelegenheiten der Ukraine hinausgeht. Polen hat der ukrainischen Seite mehrfach das besondere Gewicht dieser Frage signalisiert. Wir haben unsere Position und unsere Erwartung übermittelt, die Folgen dieser Entscheidung mit Blick auf die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten noch einmal zu überdenken. Letztendlich hat sich die Haltung der ukrainischen Seite aber nicht geändert.

Die Geschichte sollte kein Hindernis für die Zukunft sein. Eine gute Zukunft kann allerdings allein auf der Wahrheit gründen. Polen hat mehrfach gezeigt, dass es die Zukunft trotz der Last der Vergangenheit gestalten kann, jedoch niemals auf Kosten der Erinnerung.

In den vergangenen Jahren haben wir die Beziehungen zur Ukraine konsequent auf Partnerschaft und Dialog aufgebaut. Nachdem ich das Amt des Präsidenten übernommen hatte, haben wir mit dem Präsidenten der Ukraine gemeinsam Anstrengungen unternommen, Vertrauen in den Bereichen aufzubauen, in denen noch Spannungen bestanden. Es ist uns gelungen, Fortschritte in Angelegenheiten zu erzielen, die jahrzehntelang nicht gelöst worden waren.

Die Rückgabe der Sankt-Nikolaus-Kathedrale in Kyjiw, die Zustimmung zur Suche und Exhumierung der polnischen Opfer in Ostrówki, Wola Ostrowiecka, Huta Pieniacka, Hołosków, Zboiska, Ugły und Puźniki waren ein Signal, dass Verständigung trotz der schwierigen Geschichte möglich ist.

All dies gab Grund anzuerkennen, dass Polen und die Ukraine nach und nach einen Weg zu einer dauerhaften Versöhnung finden.

Daher ist die Entscheidung der ukrainischen Regierung, die UPA zu glorifizieren, nicht nur empörend. Sie ist auch unverständlich und eine tiefe Enttäuschung.

Sie trifft nicht nur unser historisches Gedächtnis. Sie trifft auch das Vertrauen, das sich über Jahre und in den letzten Monaten aufgebaut hat. Sie trifft das Fundament der Versöhnung. Sie trifft die Überzeugung, dass Wahrheit die gemeinsame Sprache unserer Nationen sein kann.

Polen gehörte bereits vor dem Überfall Russlands [auf die Ukraine; Anm. d. Übers.] zu den Staaten, die die europäischen Bestrebungen der Ukraine aktiv unterstützt haben. Nach der russischen Vollinvasion 2022 haben die Polen die Grenzen, ihre Häuser und ihre Herzen für Millionen Ukrainer geöffnet. Wir erinnern uns alle an die bewegenden Bilder – Frauen, Kinder, kranke und ältere Menschen. Sogar Haustiere, die dem Flächenbrand des Krieges entrissen wurden, wurden in speziellen Veterinärzentren versorgt. Es gab keine Flüchtlingslager, sondern normale Wohnungen und Hotels. Wir haben getan, was wir konnten, um unsere Nachbarn zu retten. Polen hat in diesem schrecklichen Augenblick beispiellose humanitäre, politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe geleistet. Wir haben andere Staaten davon überzeugt, ebenfalls schnelle Hilfe zu leisten.

Heute leben in Polen mehr als 1,5 Millionen Ukrainer. Wir haben der kämpfenden Ukraine Milliarden Zloty als Finanzierungshilfe gegeben. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte muss ich auch daran erinnern, dass die polnische Armee Tausende ukrainischer Soldaten geschult hat. Es kann uns heute nicht gleichgültig sein, dass ein Teil von ihnen jetzt unter der Standarte der UPA dienen wird. Das ist für uns inakzeptabel.

Ich erinnere an diese Zahlen und Daten nicht, um Dankbarkeit einzufordern, sondern ich nenne sie, damit alle verstehen, warum die Entscheidung des Präsidenten der Ukraine so großen Widerspruch weckt. Auch wir tragen als Gemeinschaft die Kosten dieses Krieges. Wir kämpfen nicht direkt, aber unser Einsatz ist außergewöhnlich und stark.

Der Orden des Weißen Adlers ist keine gewöhnliche Auszeichnung. Er ist ein Symbol für das höchste Vertrauen der Republik. Er steht für eine besondere Verbundenheit mit dem polnischen Staat sowie für eine besondere Dankbarkeit der Nation. Ein solches Symbol verlangt nicht nur Verdienste, sondern auch Achtung vor den Werten, die das Fundament unserer Gemeinschaft bilden.

Der Präsident ist der Großmeister des Ordens des Weißen Adlers und hat die Pflicht, die Ehrenwache über diese höchste staatliche Auszeichnung zu übernehmen. Diese Pflicht hat auch das Kapitel des Ordens des Weißen Adlers.

Daher habe ich angesichts der Zustimmung des Präsidenten Wolodymyr Selenskij, einer Einheit der Streitkräfte der Ukraine den Namen »Helden der UPA« zu geben, nach Konsultation mit dem Kapitel die Entscheidung getroffen, dem Präsidenten der Ukraine den Orden des Weißen Adlers zu entziehen.

An dieser Stelle will ich betonen: Diese Entscheidung richtet sich nicht gegen die ukrainische Nation. Die Entscheidung bedeutet keine Änderung der strategischen Richtung der polnischen Sicherheitspolitik.

Wir haben die Ukraine unterstützt und wir unterstützen sie weiter, denn wir wissen, dass die russische Aggression eine Bedrohung für die Sicherheit Polens und ganz Europas ist. An dieser Bewertung hat sich nichts geändert.

Russland ist der Aggressor und Putin ist ein Verbrecher, der die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges trägt, der Europa den größten bewaffneten Konflikt seit Ende des Zweiten Weltkrieges brachte. Hinter jedem bombardierten Wohnviertel, hinter jedem zur Flucht gezwungenen Kind, hinter jeder gewaltsam auseinander gerissenen Familie steht eine im Kreml getroffene Entscheidung.

Das ist kein beliebiger historischer Fall. Polen kennt den Preis des russischen Imperialismus besser als die meisten Nationen Europas. Wir kennen ihn nicht aus den Büchern, sondern aus der Geschichte, die mit dem Blut unserer Vorfahren geschrieben wurde. Wir kennen ihn aus den Teilungen, aus Sibirien, aus den Deportationen, aus Katyn, aus den Jahrzehnten des Lebens hinter dem Eisernen Vorhang. Wir kennen ihn aus den Erfahrungen der Generationen, denen die Freiheit, die Würde und das Recht auf Selbstbestimmung zu nehmen versucht wurde.

Deshalb dürfen wir nicht naiv sein. Die Geschichte hat uns eine brutale Wahrheit gelehrt: Freiheit ist nicht für immer gegeben. Jede Generation muss bereit sein, sie zu hüten. Und jede Generation muss den Mut haben, auf der Seite derer zu stehen, die auch heute für die Freiheit kämpfen.

Die Ukraine hat das Recht, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, und Polen bleibt Fürsprecher ihrer Souveränität und territorialen Integrität.

Polen bleibt bereit, mit der Ukraine zusammenzuarbeiten. Polen bleibt ein Befürworter des Dialogs. Aber Polen wird konsequent die Erinnerung an seine Bürger sowie die Würde seiner staatlichen Symbole wahren. Polen wird seine nationalen Interessen und Werte verteidigen. Polen wird der Glorifizierung derjenigen, die polnische schutzlose Zivilisten ermordet haben, nicht zustimmen.

Der Weg der Ukraine in die europäischen Strukturen erfordert auch die Bereitschaft, sich ehrlich mit den schwierigen Themen der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Das vereinte Europa wurde auf der Ablehnung von Totalitarismus und Gewaltkult aufgebaut. Diese Prinzipien müssen für alle gelten. Für diejenigen, die das nicht verstehen, kann es keinen Platz in der Europäischen Union geben. Polen wird das mit Sicherheit nicht zulassen.

Die Ukraine sollte auch daran denken, dass nichts den Interessen des Kreml mehr dient als ein Konflikt zwischen Polen und Ukrainern. Jeder Streit über das historische Gedächtnis schwächt unsere Nationen und stärkt die, welche Europa spalten und unterwerfen wollen.

In unserer gemeinsamen Geschichte finden wir Symbole der tatsächlichen, wertvollen Zusammenarbeit im Kampf gegen die gemeinsame Bedrohung durch aggressive Imperien. Hetman Petro Konaschewytsch-Sahajdatschnyj im 17. Jh., Hetman Pylyp Orlik im 18. Jh., Ataman Symon Petljura im 20. Jh. Mit diesen Persönlichkeiten lässt sich die Erinnerungskultur und das Einverständnis zwischen unseren Nationen gut und klug aufbauen. Eine solche Zusammenarbeit brauchen wir. Die Stärkung des von Verbrechen vergifteten Gedächtnisses baut leider nicht auf, sondern zerstört unsere Beziehungen.

Deshalb ist die heutige Entscheidung nicht allein symbolisch. Sie ist auch ein Warnsignal. Es gibt Grenzen, die in den polnisch-ukrainischen Beziehungen nicht überschritten werden dürfen. Sie ist auch ein Appell an unsere Nachbarn: Kehrt auf den Weg der Wahrheit und der gegenseitigen Achtung zurück.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist auch eine Lektion für uns selbst. Wir dürfen nicht gleichgültig bleiben angesichts der Bejahung von Gewaltensymbolen. Wir dürfen die Verbreitung von Ideologien, die für Völkermord verantwortlich sind, nicht zulassen. So, wie wir Symbole des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus zurückweisen, müssen wir den Kult um die Täter des Verbrechens von Wolhynien zurückweisen.

In der polnischen Öffentlichkeit ist kein Platz für die rot-schwarzen Fahnen Banderas [Stepan Bandera, Anführer eines Flügels der OUN; Anm. d. Übers.] Es ist höchste Zeit, sie gesetzlich zu sanktionieren. Gleichzeitig darf es keine Erlaubnis geben, die Ukrainische Aufständische Armee mit der Heimatarmee (Armia Krajowa – AK) und den Verfeimten Soldaten [Bezeichnung für polnische Widerstandskämpfer antikommunistischer Untergrundorganisationen in der Volksrepublik Polen; Anm. d. Übers.] gleichzusetzen. Im Gegensatz zur UPA warnte die Hauptkommandantur der AK vor blinder Rache und verbot die Tötung von Frauen und Kindern. Die, die derartige Lügen verbreiten, sollen von der öffentlichen Diskussion ausgeschlossen werden. Sie schaden Polen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir dürfen unsere Geschichte nicht vergessen. Wir dürfen unsere Erinnerung nicht preisgeben. Wir dürfen die Würde unserer Opfer nicht aufgeben. So verstehen wir unsere Pflicht denen gegenüber, die nicht mehr mit ihrer eigenen Stimme sprechen können. So verstehen wir die Bedeutung des Ordens des Weißen Adlers.

Polen lebt, wenn sich die Nation erinnert.

Es lebe Polen!

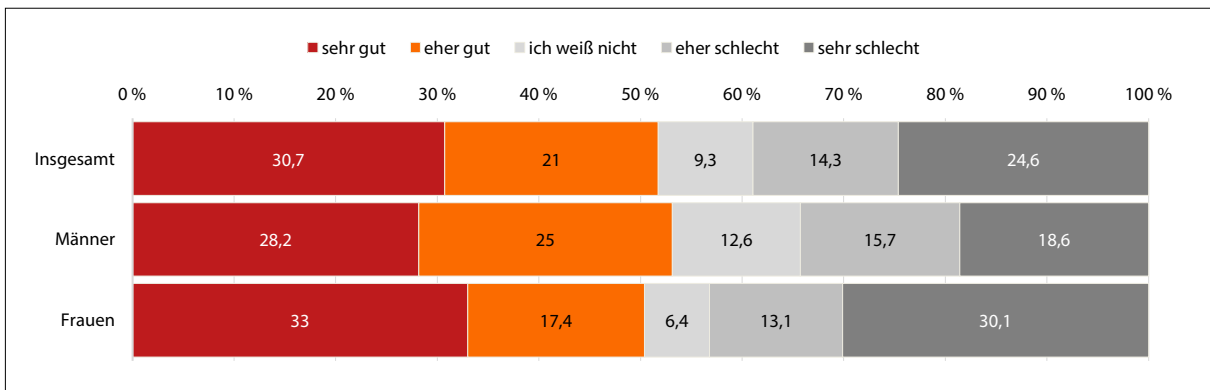
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej [Der Präsident der Republik Polen]: Prezydent RP: Podjąłem decyzję o odebraniu Orderu Orła Białego Prezydentowi Ukrainy [Der Präsident der Republik Polen: Ich habe entschieden, dem Präsidenten der Ukraine den Orden des Weißen Adlers abzuerkennen]. <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/prezydent-karol-nawrocki-podjalem-decyzje-o-odebraniu-orderu-orla-bialego-prezydentowi-ukrainy,122164> (abgerufen am 23.06.2026).

UMFRAGEN

Beurteilung der Tätigkeit von Präsident Karol Nawrocki

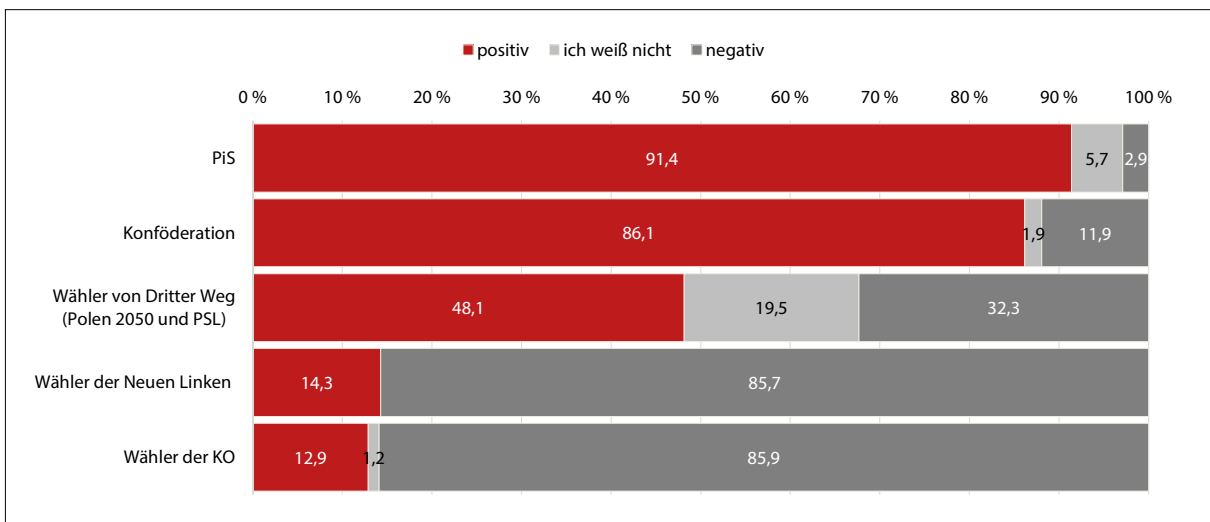
Grafik 1: Beurteilung der Tätigkeit von Präsident Karol Nawrocki (%)



Befragung von IBRIS für Polsat News, 24.–27.06.2026

Quelle: Rzeczpospolita. <https://www.rp.pl/polityka/art44730131-karol-nawrocki-poprawia-notowania-nowy-sondaz-poparcia-prezydenta> (abgerufen am 06.07.2026).

Grafik 2: Beurteilung der Tätigkeit von Präsident Karol Nawrocki (%)
Wähler von ...



Befragung von IBRIS für Polsat News, 24.–27.06.2026

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konföderation/Konfederacja; Dritter Weg/Trzecia Droga = Polen 2050/Poliska 2050 + PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Neue Linke/Nowa Lewica; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition

Quelle: Rzeczpospolita. <https://www.rp.pl/polityka/art44730131-karol-nawrocki-poprawia-notowania-nowy-sondaz-poparcia-prezydenta> (abgerufen am 06.07.2026).

CHRONIK

16. Juni – 6. Juli 2026

16.06.2026	Das Regierungskabinett beschließt, Vorbereitungen für einen ständigen Stützpunkt der US-amerikanischen Streitkräfte in Polen zu treffen.
17.06.2026	Am 35. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags (»Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit«) findet in Berlin das Deutsch-Polnische Forum unter dem Titel »Nachbarschaft im Wandel. 35 Jahre deutsch-polnische Zusammenarbeit« statt. Im Mittelpunkt stehen Themen wie Sicherheit und Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Zukunft Europas, Erinnerungskultur sowie Jugend.
17.06.2026	Am 35. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags unterzeichnen die Verteidigungsminister Polens und Deutschlands, Władysław Kosiniak-Kamysz und Boris Pistorius, in Warschau ein deutsch-polnisches Verteidigungsabkommen. Es löst den Rahmenvertrag über die Verteidigungszusammenarbeit aus dem Jahr 2011 ab und unterstreicht die Beistandsverpflichtungen im Rahmen der NATO und der Europäischen Union. Polen und Deutschland kooperieren künftig enger in der Fähigkeitsentwicklung und fördern die Zusammenarbeit ihrer Verteidigungsindustrien. Außerdem sieht das Abkommen gemeinsame Ausbildungen und Übungen vor. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf dem Ostseeraum.
17.06.2026	In einem Interview mit den Sendern Deutsche Welle und TVP spricht sich Bundesaußenminister Johann Wadepuhl für deutsche Entschädigungszahlungen an noch lebende polnische Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft während des Zweiten Weltkriegs aus. Schätzungen zufolge handelt es sich um rund 50.000 Personen.
18.06.2026	Innenminister Marcin Kierwiński und der Koordinator der Geheimdienste, Tomasz Siemoniak, geben auf einer Pressekonferenz bekannt, dass in Piastów eine Person festgenommen wurde, die des Mordes an einem russischen Künstler in Biafa Podlaska vor drei Tagen verdächtigt wird. Dem 36-jährigen Verdächtigen mit georgischem Pass werden zudem eine Reihe anderer Straftaten des organisierten Verbrechens u. a. im Jahr 2022 zugeordnet. Der 44-jährige ermordete russische Staatsbürger hatte sich in seinen künstlerischen Aktivitäten kritisch gegenüber dem russischen Regime geäußert. Er sei von den polnischen Geheimdiensten vor einer potentiellen Gefahr gewarnt worden, habe aber den angebotenen Schutz abgelehnt, so das Innenministerium. Es werde geprüft, ob es sich um ein politisches Verbrechen im Auftrag eines anderen Staates handele. Zwei kurz nach der Tat festgenommene Belarusen seien wieder frei, da ihnen keine Verbindung zur Tat nachgewiesen werden könne.
19.06.2026	Präsident Karol Nawrocki gibt in einer Videoansprache bekannt, dass er dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij die höchste polnische Auszeichnung, den Orden des Weißen Adlers, aberkennet. Dieser war Selenskij 2023 verliehen worden. Der Grund für die Aberkennung ist, dass Selenskij im Mai eine Einheit der ukrainischen Streitkräfte nach der Ukrainischen Aufständischen Armee (ukr. UPA) benannt hat. Polen macht die UPA für den »Völkermord« an der polnischen Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich; die Ukraine betont den antisowjetischen Kampf der UPA. In seiner Ansprache sagt Nawrocki, seine Entscheidung richte sich nicht gegen die ukrainische Nation und bedeute keine strategische Veränderung der Verteidigungszusammenarbeit mit der Ukraine, die sich in einem Angriffskrieg vonseiten Russlands befindet. Polen werde jedoch das Andenken seiner Staatsbürger und die Würde seiner Symbole wahren und nicht zustimmen, dass Soldaten geehrt werden, die polnische schutzlose Zivilisten ermordet haben. Seine Entscheidung sei eine Warnung, dass es in den polnisch-ukrainischen Beziehungen Grenzen gebe, die nicht überschritten werden dürfen, so Nawrocki.
20.06.2026	In einem Interview der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Sonntagszeitung wirft Außenminister Radosław Sikorski Deutschland, Frankreich und Großbritannien vor, eine dominante Rolle bei den europäischen Gesprächen zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine einzunehmen. Polen als unmittelbarer Nachbar der Ukraine müsse ebenfalls beteiligt werden.
21.06.2026	Ministerpräsident Donald Tusk äußert scharfe Kritik an der Entscheidung von Präsident Karol Nawrocki vor zwei Tagen, dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij die höchste polnische Auszeichnung, den Orden des Weißen Adlers, abzuerkennen. Im Nachrichtendienst X schreibt Tusk, die Verschärfung des Konfliktes zwischen polnischen und ukrainischen Politikern sei ein strategischer Fehler. Er schade beiden Ländern wirtschaftlich und geopolitisch und beschädige den Ruf beider Staaten. Der Konflikt helfe allein dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Seit der Entscheidung Nawrockis haben mehrere Politiker der Ukraine, darunter der aktuelle Außenminister sowie ehemalige Staats- und Regierungschefs, ihre polnischen Auszeichnungen zurückgegeben.
22.06.2026	Nach vorläufigen Schätzungen des Innenministeriums haben vor zwei Tagen ca. 100.000 Personen an Erste-Hilfe-Schulungen teilgenommen, die an 1.000 Orten in Polen angeboten wurden. Die Schulungen sind Teil eines vom Innenministeriums verantworteten Programms zur Vorbereitung der Bevölkerung auf Krisensituationen.

23.06.2026	Polnische und ukrainische Medien veröffentlichen einen gemeinsamen Appell, in dem sie die Politiker auffordern, einen Ausweg aus der aktuellen Krise in den polnisch-ukrainischen Beziehungen zu suchen. Die Gesellschaften beider Länder werden aufgerufen, sich nicht manipulieren zu lassen und sich weiter gegenseitig zu unterstützen. Den Aufruf haben auf polnischer Seite die Redaktionen u. a. von Gazeta Wyborcza, Newsweek Polska, OKO.Press, Onet.pl und Polityka unterzeichnet sowie auf ukrainischer Seite u. a. Ukrainka Pravdy, Press Club Ukraine und Slawa TV. Der Hintergrund ist, dass Präsident Karol Nawrocki Ende letzter Woche seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskij die höchste polnische Auszeichnung, den Orden des Weißen Adlers, aberkannt hat, weil dieser eine ukrainische Militäreinheit nach der Ukrainischen Aufständischen Armee (ukr. UPA) benannt hat. Der UPA wird in Polen Völkermord an der polnischen Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkrieges vorgeworfen, in der Ukraine wird ihr antisowjetischer Freiheitskampf betont.
24.06.2026	Themen des Gipfeltreffens der Europäischen Fünf (E5 – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen) in Berlin sind u. a. der NATO-Gipfel im Juli in Ankara und die Unterstützung für die von Russland angegriffene Ukraine. Ministerpräsident Donald Tusk bekräftigt auf der gemeinsamen Pressekonferenz die große Bedeutung der transatlantischen und europäischen Einheit für die E5. Von dieser Einheit hänge die Zukunft Europas, der Welt und der Ukraine ab. Weiter unterstreicht Tusk, dass aus seiner Sicht die ostmitteleuropäischen Länder an der NATO-Ostflanke, die von der aggressiven Politik Russlands direkt bedroht würden, in allen Beratungs- und Verhandlungsformaten vertreten sein müssten. Ohne sie würde es schwierig, etwas in der aktuellen Situation der »zivilisatorischen Konfrontation« zu erreichen.
25.06.2026	In Danzig (Gdańsk) beginnt die zweitägige internationale Ukraine-Wiederaufbaukonferenz (Ukraine Recovery Conference – URC 2026). Ministerpräsident Donald Tusk und seine ukrainische Amtskollegin Julija Swyrydenko unterstreichen in einem gemeinsamen Kommuniqué, dass historische Streitfragen nicht die gemeinsame Zukunft der beiden Nationen infrage stellen sollten. Sie schlagen vor, dass ein professioneller Dialog im Rahmen des Polnisch-Ukrainischen Historischen Kongresses die emotionalen Auseinandersetzungen ablösen sollte. Der Hintergrund ist, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij im Mai eine ukrainische Militäreinheit nach der Ukrainischen Aufständischen Armee (ukr. UPA) benannt hat. In der Ukraine wird der anti-sowjetischer Freiheitskampf der UPA betont, in Polen wird die UPA für den Völkermord an polnischen Zivilisten während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich gemacht. Als Reaktion auf Selenskij's Entscheidung entzog Polens Staatspräsident Karol Nawrocki ihm die höchste Auszeichnung Polens, den Orden des Weißen Adlers, was zur Folge hatte, dass weitere ukrainische ranghohe Politiker ihre polnische Auszeichnung zurückgaben. Zudem sagte Selenskij seine Teilnahme an der Ukraine Wiederaufbaukonferenz ab.
25.06.2026	In Danzig (Gdańsk) findet ein Gipfeltreffen der Länder der NATO-Ostflanke statt, an dem neben Ministerpräsident Donald Tusk die Regierungschefs von Finnland, Estland, Lettland und Schweden, die Präsidenten von Litauen und Rumänien sowie Vertreter von Institutionen der Europäischen Union teilnehmen. In der verabschiedeten Danziger Erklärung (Deklaracja Gdańska) heißt es, man stimme darin überein, dass Russland langfristig die größte, direkte Bedrohung für Sicherheit, Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum bleibe. Weiter wird u. a. die Bedeutung von Maßnahmen für die Verbesserung der Mobilität der Streitkräfte in der EU betont sowie die Diversifizierung und Resilienz im Bereich Energie.
26.06.2026	Im Ministerium für Klima und Umwelt findet ein Treffen von Experten und Einwohnern zum Problem der Verbreitung von Desinformation über die angebliche Bedrohung durch Wölfe und Bären in den Regionen Tatra, Bieszczady und Niedere Beskiden (Beskidy Niskie) statt. Die Fakenews hätten u. a. wirtschaftliche Verluste zur Folge, da sie Einfluss auf den Tourismus in der Region nähmen. Als Verbreiter der Falschinformationen werden Gruppierungen genannt, die das Vertrauen in öffentliche Institutionen untergraben oder das Thema Umwelt politisch instrumentalisieren wollen, sowie Akteure, die aus der Verbreitung der Falschmeldungen Einnahmen generieren.
29.06.2026	Im Rahmen der polnisch-schwedischen Regierungskonsultationen unterzeichnen die Verteidigungsminister Polens und Schwedens, Władysław Kosiniak-Kamysz und Pål Jonson, in Gdingen (Gdynia) einen Vertrag über den Kauf von drei U-Booten des Typs A26, die die schwedische Saab herstellt.
30.06.2026	Nach Schätzungen des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) lebten im Jahr 2025 13,5 Prozent der Bevölkerung in relativer Armut (2024: 13,3 Prozent). Den betreffenden Personen standen monatlich nicht mehr als 1.225 bis 1.332 Zloty (ca. 285 bzw. 310 Euro) zur Verfügung.
01.07.2026	Das Warschauer Kreisgericht bestätigt das Urteil über die vorläufige Inhaftierung des ehemaligen Justizministers Zbigniew Ziobro. Damit hat die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, ein Auslieferungersuchen an die USA zu stellen, wo sich Ziobro zurzeit aufhält. Ihm wird vorgeworfen, in seiner Amtszeit in der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) u. a. Amtsmissbrauch im Zusammenhang mit der Mittelvergabe aus dem »Justizfonds« (Fundusz Sprawiedliwości) verübt zu haben.

02.07.2026	Das Außenministerium und das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe führen in Warschau mit Vertretern betreffender Institutionen in Polen, Deutschland und Österreich eine Tagung durch, welche die aktuellen Herausforderungen beim Gedenken der polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges in deutschen und österreichischen Gedenkstätten thematisiert. Als ein erster Schritt soll erfasst werden, ob Vertreter Polens den Beratergremien der Gedenkstätten angehören und ob das Thema Polen in den dort gezeigten Ausstellungen präsent ist. Eine große Herausforderung seien die Wissenslücken in der deutschen Gesellschaft über den Zweiten Weltkrieg in Ostmitteleuropa und die polnischen Opfer, stellt Henryka Mościcka-Dendys, Generaldirektorin im Außenministerium, fest.
03.07.2026	Das Außenministerium informiert über ein Treffen von Außenminister Radosław Sikorski mit seinem ukrainischen Amtskollegen Andrij Sybiha in Warschau. Mit Blick auf die jüngsten Spannungen, ausgelöst durch die Benennung einer ukrainischen Militäreinheit nach der Ukrainischen Aufständischen Armee (ukr. UPA) Ende Mai, mahnen beide Deeskalation an. Historiker beider Länder sowie auch die Kirchen sollen darüber in Dialog treten.
06.07.2026	In Anwesenheit von Ministerpräsident Donald Tusk und Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz wird in Bydgoszcz ein Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen den polnischen Rüstungsunternehmen PGZ S.A. und WZL Nr. 2 S.A. und dem US-amerikanischen Rüstungsunternehmen Anduril Industries über die Produktion von Marschflugkörpern des Typs Barracuda-500, der in den USA entwickelt wurde, unterzeichnet.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

